

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: einmal im Quartal.
3/2017 43. Jahrgang 1,45 EUR

BERLINER RUNDSCHAU



**AUS BERLIN
FÜR DEUTSCHLAND**

CDU WÄHLT BUNDESTAGSKANDIDATEN

TXL PRO UND KONTRA

PETITION VIDEOÜBERWACHUNG

QUO VADIS TXL?

Vor dem Volksentscheid:
was spricht für eine Offenhaltung und was dagegen?



Pro

- Der Flughafen BER in seiner jetzigen Planung reicht nicht aus, denn Tegel und Schönefeld fertigen schon heute mehr als 30 Millionen Passagiere jährlich ab. Der Flughafen BER ist nur für 27 Millionen geplant, weil man das Wachstum nicht vorhersah. Das wird nicht reichen, sagen Experten. Rot-Rot-Grün lehnt jedoch Kapazitätserweiterungen und eine dritte Start- und Landebahn für den BER kategorisch ab.
- Die Berliner mögen den Flughafen Tegel. 73 Prozent der Berliner sind dafür, Tegel als Flughafen auch nach der Eröffnung des BER weiter zu betreiben. (FORSA, Februar 2017) Außerdem haben über 200.000 Berliner ihre Unterschrift für ein Volksbegehren zur Offenhaltung von Tegel abgegeben.
- Berlin braucht für Notfälle mehr als einen Flughafen: Der Ballungsraum Berlin braucht wie alle anderen europäischen Metropolen einen Ausweichflughafen in kurzer Entfernung für Notfälle. Sollte es am BER mal ein Problem geben, müssten Flugzeuge nach Leipzig, Rostock oder Hannover ausweichen.
- Anwohner würden auch bei Offenhaltung von Fluglärm entlastet, da der Flugverkehr eingeschränkt und angemessener Schallschutz nachgerüstet würde.
- Eine Offenhaltung des Flughafen Tegel ist rechtlich wohl möglich: Laut Gutachten, u.a. des Deutschen Bundestages, ist die Offenhaltung Tegels entgegen der Ansicht des Senats rechtlich möglich, wenn es den politischen Willen gäbe und die entsprechenden rechtlichen Schritte dafür unternommen werden würden.

Kontra

- Fluglärm: Die Menschen in den anliegenden Bezirken leben mit einer hohen Lärmbelastung durch die Flugzeuge. Bei der Planung des Flughafens BER wurde festgesetzt, dass der Flughafen Tegel sechs Monate nach Inbetriebnahme des Flughafens BER geschlossen wird.
- Tegel als Zukunftsort: Das Flughafengelände wird als Standort für Hochschulen, Hightechunternehmen und Wohnungen für die Berliner gebraucht. Für die Nachnutzung des Flughafengeländes in Tegel gibt es mit dem Konzept TXXL mit Beuth-Hochschule, Gründerzentrum und Industrieansiedlung bereits konkrete Pläne.
- Sicherheitsrisiko: Am Flughafen BER müssen die Flugzeuge nicht mehr über die Innenstadt fliegen wie in Tegel – das reduziert das Sicherheitsrisiko im Falle eines Absturzes.
- Hohe Kosten für Schallschutz: Ab dem Jahr 2019 haben die Anwohner des Flughafens Tegel Recht auf angemessenen Schallschutz nach nationalen Standards, der mit sehr hohen Kosten verbunden wäre.
- Ein Weiterbetrieb birgt juristische Risiken: Nach dem Planfeststellungsbeschluss aus dem Jahr 2004 muss der Flughafen Tegel ein halbes Jahr nach Inbetriebnahme des BER geschlossen werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat 2006 festgestellt, dass der BER zu Recht genehmigt wurde. Eine erneute zukünftige Betriebsgenehmigung von Tegel hielt das Gericht „bei unveränderter Planungsgrundlage“ für nicht möglich.



100 TAGE ROT-ROT-GRÜN

100 VERLORENE TAGE

Seit ihrem Start vor 100 Tagen ist die Koalition aus SPD, Linken und Grünen am liebsten mit sich selbst beschäftigt. In der Diskussion um die Personalie Andrej Holm, der trotz Stasi-Vergangenheit zum Staatssekretär berufen und erst nach langem Hin und Her und Zögern des Regierenden Bürgermeisters wieder entlassen wurde, stand Rot-Rot-Grün bereits nach wenigen Wochen vor dem Aus. Vom eigenen Anspruch vom „Aufbruch“ und dem „guten Regieren“ konnte von Anfang an keine Rede sein. Inzwischen dient die rot-rot-grüne Landesregierung nur noch als abschrecken-des Beispiel für den Bund.

Die letzten 100 Tage haben gezeigt: Statt zukunftsfähige Konzepte und Ideen für die wachsende Metropole Berlin zu entwickeln, erschöpft sich die Linkskoalition in Symbolpolitik und kleinteiligen Maßnahmen. Seriöser Haushaltspolitik wird

eine Absage erteilt, um ideologische Projekte zu finanzieren. „Statt seriös an den Problemen Berlins zu arbeiten, bedient Rot-Rot-Grün seine Klientel und setzt auf Bevormundung und Umerziehung der Bürgerinnen und Bürger“, erklärt die Landesvorsitzende der CDU Berlin, Monika Grütters. Beispielhaft hierfür sei die Gängelung der Autofahrer mit der massiven Ausweitung von Tempo30-Zonen oder das Nein zum Weiterbau der A100, oder die klare Absage an die Ausweitung der Videoüberwachung, die sich 80 Prozent der Bürger unserer Stadt wünschen. „Die Berlinerinnen und Berliner werden vom Senat mit ihren Sorgen und Nöten weiter allein gelassen“, so Grütters weiter.

Indes gibt es in der Koalition bereits wieder Streit in der Diskussion um das Landespersonal: Der Regierende Bürgermeister Michael Müller will die Zustän-

digkeit für das Landespersonal nicht komplett an Finanzsenator Matthias Kollatz-Ahnen legen, wie es im Koalitionsvertrag vereinbart ist. Linke und Grüne sind deshalb verärgert.

„Ob Erziehermangel, Verkehrschaos, Wohnungsnot oder Sicherheitsfragen - statt endlich Antworten auf die drängenden Probleme der Stadt zu geben, beschäftigt sich Rot-Rot-Grün hauptsächlich mit sich selbst“, erklärt die Landesvorsitzende Grütters. Aus seinem Fehlstart habe Rot-Rot-Grün offenbar nichts gelernt. „Die Koalition bleibt sich in ihrer falschen Prioritätensetzung und in ihrer Ignoranz gegenüber dem Wählerwillen leider treu“, so Monika Grütters.

Dementsprechend schlecht fällt auch das Zeugnis für die rot-rot-grüne Landesregierung aus: Rund 60 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind mit

Auf ein Wort

Die Bausenatorin hat das sozialistische Ziel ausgegeben, Wohnungen zukünftig dem Markt zu entziehen. Dabei drängen jedes Jahr Zehntausende Menschen auf den angespannten Wohnungsmarkt. Die richtige Antwort wäre daher bauen, bauen, bauen.



Stattdessen hat eine knallharte Klientelpolitik Einzug gehalten, die ausschließlich unterste Einkommensschichten im Blick hat. Jede höhere Quote für den Anteil von Sozialwohnungen beim Wohnungsbau führt jedoch zu steigenden Mieten im übrigen Neubaubestand.

Wer als Durchschnittsverdiener, als Krankenschwester oder Polizist, keine bezahlbare Wohnung mehr findet, darf sich dafür getrost bei den Koalitionären bedanken.

Stefan Evers
Generalsekretär CDU Berlin

der bisherigen Arbeit des Senats unzufrieden. Das ist das Ergebnis des aktuellen Berlin-Monitors des Tagesspiegels und des Berliner Umfrageinstituts.

Zustimmung für Angela Merkel steigt

Seitdem die CDU im Saarland die Landtagswahl deutlich gewonnen hat, sinken die Beliebtheitswerte für den SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz. Die Zustimmung für Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen steigt.

Dem aktuellen ARD-DeutschlandTrend von Mitte April zufolge, liegt Bundeskanzlerin

Angela Merkel in der persönlichen Beliebtheit wieder deutlich vor ihrem SPD-Herausforderer. Wenn die Bürgerinnen und Bürger den Bundeskanzler direkt wählen könnten, würden sich 46 Prozent für Angela Merkel entscheiden – Ende März waren es 36 Prozent – und 40 Prozent für Martin Schulz – minus fünf Prozent.



Auch die Union baut ihren Vorsprung zur SPD etwas aus: Die CDU/CSU legt um zwei Prozent zu und kommt auf 34 Prozent, die SPD bleibt bei 31 Prozent.

Der sogenannte „Schulz-Effekt“ lässt spürbar nach. Was die Menschen gerade in unsicheren Zeiten brauchen, ist Glaubwürdigkeit, Sachlichkeit und Stabilität.

Nominierung auf #Twitter



Bundestagsliste der CDU Berlin: Grütters zum vierten Mal Spitze

Was hatten die Medien nicht alles spekuliert über diesen Samstag der Nominierungen.

Kampfabstimmung entschieden. Unangefochten errang dagegen die CDU-Landesvorsitzende

Grütters unter anderem an ihre politischen Anfänge, die auch mit diesem Ort verbunden sind. In den Neunzigern hatte sie als Pressesprecherin in der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung für den Aufbau des Technologie- und Gründerzentrums Adlershof gestritten.

Nach den Wahlen der Listenplätze 2 (Kai Wegner, Spandau) und 3 (Dr. Jan-Marco Luczak, Tempelhof-Schöneberg) wurde es kurzzeitig noch spannend im Saal. Nach kurzen und fairen Redebeiträgen entschieden sich die Delegierten am Ende für Thomas Heilmann (Steglitz-Zehlendorf) auf Platz 4, auf Platz 5 für Dr. Gottfried Ludewig und für Dr. Martin Pätzold auf dem Folgeplatz. Die restlichen Kandidaten wurden sodann in allseitigem Einvernehmen gebündelt gewählt.



Am Ende erfolgte der Show-down bei den Berliner Grünen im benachbarten Neukölln, die die Spitzenkandidatur in einer

nisterin für Kultur und Medien damit nun an der Spitze der Berliner CDU-Kandidaten. Im Bunsen-Saal in Adlershof erinnerte



Die CDU tagte im Bunsen-Saal des Wissenschafts- und Wirtschaftsstandortes Adlershof, kurz WISTA, in Treptow-Köpenick, der seine Existenz vor allem dem Einsatz der Regierung Diepgen zu verdanken ist. Seit 1991 ist dort auf einer 4,2 Quadratkilometer großen Fläche eine neue Wissenschaftsstadt mit über 1000 Unternehmen und 16.000 Mitarbeitern entstanden. Der Saal wurde 1935 für die damalige Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt gebaut und zuletzt 2014 renoviert.

Angeführt wird die Liste der CDU Berlin durch **Monika Grütters** (55). Die CDU Landesvorsitzende ist seit 2005 Mitglied im Deutschen Bundestag und kandidiert erneut im Wahlkreis Hellersdorf/Marzahn. Auf der Liste folgt ihr der 44jährige Spandauer Direktkandidat **Kai Wegner**. Er ist im Deutschen Bundestag Landesgruppenvorsitzender der Berliner CDU-Abgeordneten und Großstadtbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Platz 3 der Liste hat der Bundestagsabgeordnete **Dr. Jan-Marco Luczak** (42) inne, der außerdem wieder in Tempelhof-Schöneberg kandidiert. Der Steglitz-Zehlendorfer Direktkandidat **Thomas Heilmann** folgt auf Platz 4. Der Unternehmer war bis zum letzten Dezember Berliner Justizsenator. Er wurde 1964 geboren. **Dr. Gottfried Ludewig** ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Abgeordnetenhaus und Direktkandidat in Pankow. Der 36jährige tritt auf Platz 5 an.



Die Neuköllner Bundestagsabgeordnete und dortige Direktkandidatin **Christina Schwarzer** steht auf der Liste auf Nr. 6. Die 41jährige ist besonders in den Bereichen „Familie, Senioren, Frauen und Jugend“ sowie „Digitales“ engagiert. Auf der Liste folgt ihr der Kreisvorsitzende und Direktkandidat aus Lichtenberg, **Dr. Martin Pätzold**. Der 33jährige promovierte Wirtschaftswissenschaftler ist seit 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Zwei weitere aktuelle Bundestagsabgeordnete kandidieren erneut wieder in ihren Wahlkreisen. Der stellvertretende Landesvorsitzende **Dr. Frank Steffel** (51) ist Kreisvorsitzender in Reinickendorf und für den Bezirk auch wieder Direktkandidat. Der Präsident der Berliner Fische konzentriert sich ebenso auf seinen Wahlkreis wie sein ebenfalls 2013 in Charlottenburg/Wilmersdorf direkt gewählter Kollege **Klaus-Dieter Gröhler** (51). Der langjährige stellvertretende Bezirksbürgermeister unterhält im City-Bezirk



gleich zwei „Wahlkreis-Cafés“; eines in Charlottenburg und eines in Wilmersdorf. Direkt seinen Wahlkreis holen will außerdem der langjährige CDU-Landesvorsitzende und ehemalige Innensenator **Frank Henkel**. Der 53jährige tritt im „Regierungsbezirk“ Mitte an, den er seit vielen Jahren auch als Abgeordneter im Berliner Landesparlament vertritt. Zwei weitere Direktkandidaten reihen sich auf der Landesliste der CDU Berlin ein. **Prof. Dr. Niels Korte** (47) ist Wahlkreiskandidat in Treptow-Köpenick. Der selbständige Rechtsanwalt war die letzten fünf Jahre zugleich Mitglied des Abgeordnetenhauses und hat Platz 8 inne. Auf Platz 9 folgt der 36jährige Direktkandidat aus Friedrichshain-Kreuzberg, **Timur Husein**. Er ist ebenfalls selbständiger Rechtsanwalt und zugleich wissenschaftlicher Referent der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Das Mitglied des Bundesvorstandes von ver.di, **Dagmar König**, kandidiert auf dem



nächsten Platz. Die 61jährige war zuvor Bezirksstadträtin in Charlottenburg-Wilmersdorf. Ihr folgt auf Platz 11 der in Syrien geborene **Djengizkhan Hasso** (55). Der Dolmetscher und Übersetzer ist seit 8 Jahren engagiertes CDU-Mitglied und war Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung in Tempelhof-Schöneberg. Listenplatz 12 hat **Steffen Helbing** (46) inne. Der Bürokaufmann ist u.a. Vorsitzender des Landesverbandes der Gehörlosen Brandenburg e.V. Die 41jährige Diplom-Kauffrau und Fraktionsreferentin im Deutschen Bundestag **Birga Köhler** kandidiert auf Platz 13. Ihr folgt **Christina Henke**. Die 32jährige ist Gymnasiallehrerin in Anstellung. Die Bundestagsliste schließt das CDU-Urgestein, der 61jährige Rechtsanwalt und Notar **Dr. Manuel Heide**, der nach 31 Jahren im Berliner Abgeordnetenhaus von Berlin nunmehr für den Bundestag (ehrenhalber) aufgestellt wurde.



Ihre CDU-Kandidaten für den Deutschen Bundestag

ONLINE-PETITION ZUR VIDEOÜBERWACHUNG GESTARTET



Die Koalition aus SPD, Linken und Grüne lehnte die Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentliche und kriminalitätsbelastete Orte ab, so wie es die CDU-Fraktion gefordert hatte. Dabei zeigen aktuelle Fahndungserfolge, wie sinnvoll der Einsatz dieses Instrumentes sein kann.

Mit einer Online-Petition unter dem Titel „Videoüberwachung jetzt! Mehr Sicherheit für die Berlinerinnen und Berliner“ soll die Entscheidung von Rot-Rot-Grün neu auf die Tagesordnung gesetzt und der Senat in dieser Frage zum Umdenken bewegt werden.

Initiator der Online-Petition ist Bernd Mastaleck, der seit mehr als 40 Jahren in Berlin Polizist und Mitglied im Vorstand der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in der Bezirksgruppe 5 ist. Mit

dem „Nein“ der rot-rot-grünen Koalition zu dem verstärkten Einsatz von Videoüberwachung will er sich nicht zufrieden geben. „Die zahlreichen Gespräche in meinem Umfeld zeigen mir, dass sich viele Menschen in unserer Stadt mehr Videoüberwachung



wünschen“, erklärt Mastaleck. Dem entspricht auch, dass laut einer FORSA-Umfrage von Anfang dieses Jahres eine Mehrheit von 80 Prozent der Berliner den

verstärkten Einsatz von Videoüberwachung befürwortet. Bernd Mastaleck ist der Überzeugung, dass sich durch Videoüberwachung nicht nur mehr Straftaten aufklären lassen. „Sie schreckt auch potentielle Täter ab und schützt damit potentielle Opfer, weil schnelle Entdeckung und damit Strafe drohen.“, so der Gewerkschafter.

Um die Petition im Abgeordnetenhaus einreichen zu können, werden innerhalb des nächsten halben Jahres 14.000 gültige Unterschriften gebraucht. Bis zum 9. September kann digital unter folgendem Link www.openpetition.de!/videoueberwachung unterschrieben werden.

VIDEOÜBERWACHUNG: AKTUELLE ERFOLGE

Die letzten Monate haben eindrucksvoll gezeigt, dass Videoüberwachung nachweislich zur Aufklärung zahlreicher Gewaltverbrechen und zur besseren Strafverfolgung beiträgt.

Der sog. „U-Bahn-Treter“, der im Oktober eine Frau die Treppen in einer U-Bahn-Station hinuntergestoßen hatte, konnte erst mittels der veröffentlichten Bilder einer Videokamera gefasst werden. Die Videoaufnahmen davon, wie Jugendliche einen Obdachlosen anzuzünden versuchten, führten innerhalb von nur wenigen Tagen zur Inhaftierung der Gewalttäter. Im Gegensatz waren die Behörden nach den schrecklichen Ereignissen am Breitscheidplatz dazu gezwungen, private Videoaufnahmen von den Bürgern anzufordern, um den Täter zu identifizieren.

Auch der Überfall auf eine junge Joggerin, die im Mauerpark brutal niedergeschlagen und ausgeraubt worden war, konnte dank Videoüberwachung aufgeklärt werden. Keiner versteht: Warum soll auf öffentlichen Plätzen nicht möglich sein, was bei BVG und S-Bahn immer wieder hilft, Straftaten aufzuklären?

SCHULBAU: BEZIRKE STÄRKEN



Gut gewollt ist noch lange nicht gut gemacht. Der rot-rot-grüne Senat hat seine Pläne zur Sanierung und zum Bau neuer Schulen konkretisiert. In den kommenden zehn Jahren sollen rund 5,5 Milliarden Euro investiert werden, mehr als 60.000 neue Schulplätze entstehen.

Die CDU hatte in ihrem Wahlprogramm eine ganz ähnliche, sogar leicht höhere Summe gefordert. Allein in diesem Jahr sollen nun bereits circa 830 Millionen Euro verbaut werden. „Die geplanten

Maßnahmen hängen massiv von der Leistungsfähigkeit der Bezirke ab, die von der SPD bisher eher geschmäht wurden“, erklärt die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Hildegard Bentele. Die Bezirke müssten hierfür entsprechend personell ausgestattet und die Verfahren deutlich beschleunigt werden. Außerdem müsse es klare Vorgaben durch den Senat geben, was z.B. bekannte Problemthemen wie Brandschutz und Lüftung angeht. Zu all diesen Punkten blieb die Linkskoalition bisher jedoch Antworten schuldig.

CITY-TOILETTEN DROHT DAS AUS

Der rot-rot-grüne Senat hat den laufenden Vertrag mit der Firma Wall für den Betrieb der öffentlichen City-Toiletten ohne plausibles Nachfolgekonzept nicht verlängert. Damit droht vielen öffentlichen Berliner City-Toiletten das Aus. Parlamentarische Initiativen und der Protest von Behindertenverbänden blieben bisher ohne Erfolg. Mit einer Online-Petition soll der Abbau der City-Toiletten verhindert und deren dauerhafter Erhalt gesichert werden. Die drei Erstunterzeichner Stephan Schmidt MdA (CDU), Janine Malik und Felix Schönebeck rufen alle Berlinerinnen und Berliner und ihre Gäste dazu auf, die Petition mitzuzichnen. Sie ist zu finden unter www.openpetition.de!/citytoilette



FLORIAN GRAF: ROT-ROT-GRÜNE VERKEHRSPOLITIK MACHT AUTOFAHRER ZU VERLIERERN

Woche für Woche macht der rot-rot-grüne Senat lautstark eine verkehrspolitische Baustelle nach der anderen auf. Ideologisch geprägte Vorschläge, wie die Ausweitung von Tempo 30 auf Hauptstraßen, der schikanöse Rückbau von Straßen, zuletzt war es die Abzocke bei den Parkgebühren, bringen den Klassenkampf auf die Straßen Berlins.

Doch anstatt permanent neue Baustellen aufzureißen, sollte die Linkskoalition lieber damit beginnen, die Baustellen in Berlin besser zu koordinieren, die Straßen und Brücken zu sanieren und die Ampelschaltungen zu optimieren, damit der Verkehrsfluss in dieser Stadt wieder funktioniert! Das innerstädtische Mobilitätskonzept ist eine Bankrotterklärung. So müssten der innerstädtische Tarifbereich AB an die Außengrenzen der Stadt ausgedehnt und neue Park-and-Ride-Plätze geschaffen werden, so dass ein Umsteigen auf S- und U-Bahn auch für Pendler attraktiver wäre. Anreize zur Nutzung von Elektromobilität und Car-Sharing fehlen gänzlich.

Keine Großstadt der Welt kann auf einen funktionierenden Autoverkehr verzichten – Berlin erst recht nicht. Der die Stadt spaltende Senatsfeldzug muss gestoppt werden. Berlin braucht ein ganzheitliches Mobilitätskonzept.

Umerziehung, Bevormundung und ideologische Scheuklappen nehmen wir nicht weiter hin. Gegen diese verkehrte Verkehrspolitik leisten wir entschlossenen Widerstand.



WAS IST EINE ONLINE-PETITION?

Nach Artikel 17 des Deutschen Grundgesetzes hat „Jedermann... das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.“ Eine Petition ist ein solches Ersuchen an die zuständige Verwaltung oder Behörde. Das Petitionsrecht in Deutschland ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern, auf jeder Ebene der politischen Verwaltung eine Petition einzureichen. Onlinepetitionen machen sich dabei die digitalen Medien zunutze.



www.openpetition.de!/videoueberwachung

Mitmachen ist ganz einfach: 1. Folgen Sie dem Link zur Petition (siehe Link) 2. Tragen Sie Ihren Namen, PLZ, Ort, Straße, Hausnummer und E-Mail-Adresse ein 3. Klicken Sie auf den Button „Unterschreiben“ 4. Fertig!



TÜRKEI BESPITZELT ABGEORDNETE

Der türkische Geheimdienst spioniert auch deutsche Politiker aus. Auch die CDU-Abgeordnete Emine Demirbük-Wegner steht auf einer Liste angeblicher Gülen-Sympathisanten. „Es ist ein unerträglicher Skandal. Dies stellt einen Angriff auf den deutschen Parlamentarismus insgesamt dar“, erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf. Die CDU will wissen: „Wann und durch wen wurde das Land Berlin informiert?“

„HERTHA GEHÖRT ZU BERLIN“

Hertha will auf dem Olympiagelände eine neue Arena bauen. Der einflussreiche SPD-Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf ist dagegen. Dies soll sogar der SPD-Landesparteitag am 20. Mai beschließen. Anders die CDU-Fraktion. Ihr sportpolitischer Sprecher Stephan Standfuß: „Hertha gehört zu Berlin und nicht nach Brandenburg.“ Deshalb steht die CDU den Vereinsplanungen aufgeschlossen gegenüber.



GROSSSTÄDTISCHER GEBURTSTAG

Der Pfefferberg an der Schönhauser Allee war Ort einer besonderen Geburtstagsfeier. Anlässlich des 75. Geburtstags des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Eberhard Diepgen, hatte die CDU zu einem Hauptstadtkongress eingeladen. 250 Gäste folg-



ten der Einladung in das damit „ausverkaufte“ Theater am Pfefferberg. Nach deutlichen Worten der Landesvorsitzenden Monika Grütters aus aktuellem Anlass zu Vorgängen in Steglitz-Zehlendorf stand die „Herausforderung Großstadt“ im Mittelpunkt. Die Podiumsdiskussion war prominent und kompetent besetzt. Petra Roth (Oberbürgermeisterin

von Frankfurt a.M. a.D.), Ole von Beust (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg a.D.), Mario Czaja (Senator a.D., Vorsitzender des Zukunftsforums der CDU Berlin) und natürlich Eberhard Diepgen, setzten sich dabei sogleich mit der pointierten Ausgangsfrage von Moderator Axel Wallrabenstein auseinander: „Hier sitzen Politiker, die haben in Städten wie Hamburg, Frankfurt oder Berlin bei Wahlen 40 % und mehr für die CDU geholt – das

VON BEUST: „NUR AUF STARTUPS ZU SETZEN, IST ZU WENIG“
Eine Großstadt braucht zwei Dinge: ein Leitbild, wo sie in 15 bis 20 Jahren stehen soll. Und sie muss gut verwaltet werden. Beides scheint in Berlin zu fehlen. Berlin braucht Führung, die mit den Menschen in den Diskurs für Berlin 2030 eintritt und langfristige Ziele erarbeitet. Berlin als europäische Modellmetropole einer Millionenstadt. Der Gegenentwurf zu Shanghai oder New York. Nur auf Startups zu setzen ist zu wenig - die moderne Karawane zieht schnell weiter. Um dafür zu begeistern, müssen die Basics stimmen: Die Menschen müssen sich gut und geborgen fühlen. Keine NoGo-Areas, Bahnfahren darf kein Abenteuer sein, kein Weggucken bei Schmutz und Schmierereien. Eine freie Weltstadt, bei der die Grenze der Freiheit erst dort endet, wo die Belästigung anderer beginnt.

scheint heute undenkbar. Kann die CDU nicht mehr Großstadt? Oder haben sich die Städte und Menschen verändert?“
Nah am Bürger, Glaubwürdigkeit bei den Alltagsthemen und eine authentische Vision für das Zusammenleben – das waren Aspekte, die den Erfolg von Petra Roth, Ole von Beust und Eberhard Diepgen ausmachten. Und so konnten sie Mario Czaja und Kai Wegner (Großstadtbeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfrakti-

on) auch unter dem Applaus der interessierten Zuhörer wichtige Kernbotschaften mit auf den Weg geben. Ole von Beust betonte insbesondere mit Blick auf den Unterschied zwischen ländlichem Raum und einer Stadt „Gerade in einer Großstadt erfordert das Zusammenleben auf engstem Raum klare Regeln und die Gewissheit, dass auch jemand dafür da ist, die Einhaltung der Regeln zu sichern.“ „Die CDU muss sich nicht ständig neu erfinden, sie muss nur deutlich machen, dass konservative Werte jederzeit ihre Berechtigung haben und was sie



im täglichen Leben bedeuten“ war eine abschließende Aussage von Petra Roth, die Eberhard Diepgen noch verstärkte mit dem Hinweis „Wer nur den Zeitgeist heiratet muss sich nicht wundern, wenn er sehr schnell Witwer ist“. Einig war man sich, dass Fragen des sozialen Zusammenhaltes, der Familien- und Bildungspolitik in einer Großstadt von elementarer Bedeutung sind. Nur wer ein glaubhaftes Bild vom friedlichen Zusammenleben unterschiedlichster Gruppen in einer Stadt vermitteln kann, wird vom Wähler ernstgenommen werden.

dafür gewinnen, sich innerhalb oder auch flankierend zur CDU für das Wohl unserer Metropole zu engagieren. Wir wollen gemeinsam praktische Lösungen für Problemlagen erarbeiten, die für die Berlinerinnen und Berliner von hoher Bedeutung sind. Dabei werden wir unsere Mitglieder viel stärker als bisher einbinden und ihnen Möglichkeiten der Gestaltung geben.

CDU-Mitglieder wollen Profil schärfen und mehr Beteiligung

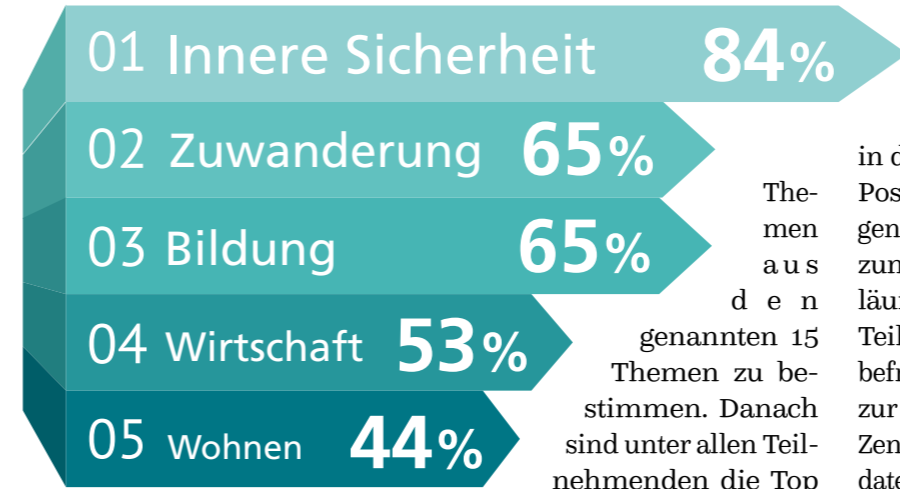
„Es ist unser Anspruch, gemeinsam mit Ihnen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, das Vertrauen der Berlinerinnen und Berliner zurückzugewinnen. Diesen Dialog wollen wir mit der beiliegenden Mitgliederumfrage beginnen“, schrieb die Landesvorsitzende der Berliner CDU, Monika Grütters, Anfang des Jahres an die Mitglieder – und 1.491 der angeschriebenen Mitglieder nutzte die Chance, davon fast die Hälfte durch eine Beantwortung online.

durchaus repräsentativ. Ausgesprochen erfreulich: bei den offen gestellten Fragen wurde eine Vielzahl unterschiedlicher Themen benannt. Und genauso deutlich wurde mehr Mitgliederbeteiligung, mehr inhaltliche Positionierung und mehr Geschlossenheit erwartet. Welche Inhalte den Teilnehmenden dabei für die Arbeit der Berliner CDU besonders am Herzen liegen, wurde gezielt in Frage 2 (geschlossene Frage) abgefragt. Es war erbeten, eine Rangfolge der fünf wichtigsten

schafts- und Finanzlage der Stadt genannt. Dahinter als fünftes Thema „Bekämpfung der Wohnungsnot“ (44 %). Die Bewertung der Wichtigkeit der Themen ist interessanter Weise nicht abhängig vom Geschlecht, die Antworten der Männer und Frauen sind hier nahezu identisch und ergeben die gleiche Rangfolge bei den wichtigen Themen. Für die Altersgruppe der 16-44jährigen ist jedoch das Thema „Bildungs- und Schulpolitik“ nach der „Inneren Sicherheit“ noch vor „Zuwanderung und Integration“ von besonderer Bedeutung. Damit die interessierten Mitglieder sich künftig stärker in die Erarbeitung inhaltlicher

Voraussetzungen werden gemeinsam mit den Vorsitzenden erörtert.

Da „Stärkung der Inneren Sicherheit“ bei der Mitgliederbefragung als wichtiges Thema von 84 % der Teilnehmenden genannt wurde, wird sich auch ein Bürgerkonvent als neue Form der inhaltlichen Mitarbeit schwerpunktmäßig mit diesem Thema befassen - am 16.05.2017 im MOA Berlin Convention Center, Termin unbedingt vormerken. Sie



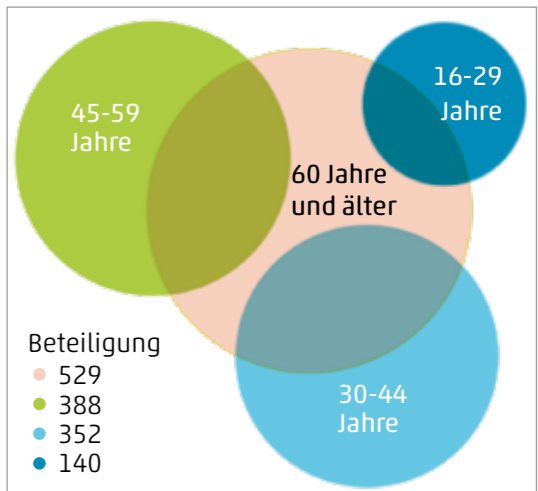
Themen aus den genannten 15 Themen zu bestimmen. Danach sind unter allen Teilnehmenden die Top 5 -Themen: Stärkung der Inneren Sicherheit (von 84 % der Teilnehmenden genannt), mit Abstand folgen Zuwanderung und Integration (von je 65 % der Teilnehmenden genannt). Als viertes Thema von 51 % der Teilnehmenden wurde die Wirt-

Die Ergebnisse sind deutlich. Insgesamt ist die Verteilung der Teilnehmenden an der Befragung bezogen auf Alter, Geschlecht und regionale Zuordnung sehr vergleichbar mit der Aufteilung der Mitgliedschaft insgesamt, also

der Inneren Sicherheit (von 84 % der Teilnehmenden genannt), mit Abstand folgen Zuwanderung und Integration (von je 65 % der Teilnehmenden genannt). Als viertes Thema von 51 % der Teilnehmenden wurde die Wirt-

Postionen einbringen können, werden zunächst die Rückläufe zum zweiten Teil der Mitgliederbefragung (Angaben zur Mitarbeit) in die Zentrale Mitgliederdatei aufgenommen.

Die Arbeit der Foren und Landesfachausschüsse werden weiterentwickelt und auf eine breitere Beteiligung ausgerichtet, die entsprechen den organisatorischen



sind heute schon herzlich eingeladen (siehe letzte Seite).

ZUKUNFTSFORUM INTERVIEW MIT MARIO CZAJA

Beim Kleinen Landesparteitag am 02. Dezember 2016 wurde beschlossen, ein Zukunftsforum der CDU Berlin einzurichten. Vorsitzender des Zukunftsforums ist Mario Czaja.

Herr Czaja, Zukunftsforum klingt gut – aber was habe ich mir darunter vorzustellen und warum gibt es das jetzt?
Das Wahlergebnis im September 2016 hat uns allen deutlich gemacht, dass es kein „wei-

ter so“ geben kann. Wir haben in weiten Teilen Berlins die Wähler nicht mehr erreicht – und selbst langjährige Mitglieder sagen uns, dass sie nicht mehr wissen, wofür die Hauptstadtunion steht. Das müssen wir dringend ändern. Wir wollen die Menschen wieder von unseren Konzepten überzeugen können und wir möchten zusätzlich relevante Zielgruppen in unserer Stadt

Wir werden die Arbeit der Foren und Landesfachausschüsse neu organisieren und dabei auch die Rückmeldungen zur Mitarbeit aus der Befragung berücksichtigen. Als erste konkrete Aktion werden wir am 16. Mai 2017 einen Bürgerkonvent zum Thema „Sicherheit“ durchführen, bei dem wir alle Mitglieder zur aktiven Mitarbeit einladen und auffordern.

Wie sieht das konkret aus? Wer arbeitet da mit? Und wie kann ich mich als Mitglied einbringen?
Das Zukunftsforum wird von einem Koordinierungskreis geführt, dem Monika Grütters, Stefan Evers, Kai Wegner, Florian Graf und Eberhard Diepgen angehören. Denn wir wollen mitten in der Partei stehen. Und wir haben unseren erfahrenen

Staatssekretär Dirk Gerstle gewinnen können, der jetzt als Geschäftsführer für das Zukunftsforum in der Landesgeschäftsstelle erreichbar ist. Die Mitgliederbefragung war ein erster wichtiger Schritt, um zu erfahren, was unsere Mitglieder wollen. Parallel haben wir mit wichtigen Entscheidern und Meinungsbildnern aus Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft

und Sozialpolitik Gespräche in kleiner Runde geführt, um einen Eindruck zu bekommen, was sie von der Hauptstadtunion in Zukunft erwarten. Mit diesen Vorarbeiten geht es jetzt in die inhaltliche Arbeit. Und dabei werden wir unsere Mitglieder in bewährten aber auch in neuen Formaten einbeziehen.
Wie geht es jetzt weiter?

Ihre Berliner Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag

MONIKA GRÜTTERS BEI DER FRAUEN UNION BERLIN - „DRANBLEIBEN, MEINE DAMEN!“

Mit diesen Worten ermutigte Monika Grütters ihre Parteifreundinnen zum Mitmachen, Weitermachen und Erfolgreich-Bleiben! Monika Grütters dankte den Frauen für ihr Engagement für familiengerechte Arbeits-



plätze, Anerkennung der Familienarbeit oder bessere Kinderbetreuungsmöglichkeiten. „Bessere Aufstiegschancen für Frauen wünsche ich mir auch in der Berliner CDU.“, so Monika Grütters. Hier gehe es nicht nur um die Vergabe von Listenplätzen, sondern auch um den politischen Stil. Es brauche Vorbilder, wie z.B. Angela Merkel, die Macht auf weibliche Art glaubwürdig verkörpern und anderen Frauen damit Mut machen können.

KAI WEGNER: NEUES BAURECHT VERABSCHIEDET

Für die CDU/CSU-Fraktion hat Kai Wegner die Bauplanungsrechtsnovelle verhandelt, die der Bundestag jetzt verabschiedet hat. „Wir erleichtern den Wohnungsneubau, denn die Mieten in den wachsenden Städten wie Berlin werden nur dann bezahlbar bleiben, wenn deutlich mehr Wohnraum entsteht“, so



Kai Wegner, der auch Großstadtbeauftragter der CDU/CSU-Fraktion ist. In den beliebten Innenstadtlagen kann zudem die funktionsgemischte Stadt der kurzen Wege leichter verwirklicht werden. „Wenn Wirtschaft, Wohnen und Wohlfühlen zusammenfallen, steigt die Attraktivität der Quartiere“, stellt Kai Wegner klar.

„RETTEN IN DER NOT DÜRFEN NICHT ZU OPFERN WERDEN“- MEHR SCHUTZ FÜR POLIZISTEN UND FEUERWEHRLEUTE

Wer Polizisten, Feuerwehrleute oder Rettungssanitäter angreift, wird künftig härter



bestraft. Eine entsprechende Gesetzesänderung wird derzeit auf Drängen der Union im Bundestag beraten. Im Strafrecht werden dazu zwei neue Tatbestände eingeführt: Der tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte und gleichstehende Personen wie Feuerwehrleute. Das Strafmaß wird erhöht und umfasst künftig drei Monate bis fünf Jahre Freiheitsstrafe. „Retter in der Not dürfen nicht zu Opfern werden, sondern sie verdienen den Respekt und den Schutz der Gesellschaft“, sagt Dr. Jan-Marco Luczak, stellv. rechtspolitischer Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

STEFFEL BESUCHT MINT-MESSE IN REINICKENDORF

Smartphone-Apps, selbstfahrende Autos. All das wäre ohne Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, den MINT-Fä-



chern, nicht möglich. Ende März besuchte der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete, Dr. Frank Steffel, die dritte Reinickendorfer MINT-Messe, auf der Schulklassen aus dem ganzen Bezirk Technik-Projekte vorstellten und Einblick in das Universitätsstudium und MINT-Berufe erhielten. Steffel, Schirmherr der

Messe, sagte: „Die MINT-Fächer sind Treiber des Fortschritts. Wir müssen weiterhin junge Mädchen und Frauen fördern, da sie in den MINT-Berufen nach wie vor unterrepräsentiert sind.“

WER POLIZISTEN ANGREIFT, GEHÖRT BESTRAFT

Polizisten haben es oft nicht leicht: Hinterhältige Angriffe durch Chaoten, Beschimp-



fungen oder Drohkulissen durch größere Gruppen. Den Männern und Frauen passiert das, während sie daran arbeiten, uns alle zu schützen. Für die Neuköllner CDU-Bundestagsabgeordnete Christina Schwarzer ein Unding! Daher hat sie mit der CDU/CSU-Fraktion massiv darauf gedrängt, unseren Polizisten (aber auch bspw. Rettungskräften) den Rücken zu stärken. Nun wurde ein Gesetzentwurf beraten, der Strafen für Angriffe gegen Polizisten verschärft und ihren Geltungsbereich ausweitet. Doch das allein reicht nicht aus: Unsere Gesellschaft muss solche Angriffe grundsätzlich stärker ächten.

VOLKSPARTEI CDU

Der Berliner Kreis arbeitet seit 2012 auf Ebene der Bundestagsfraktion. In den letzten



Monaten wurden vielbeachtete Positionspapiere erstellt, z.B. zur Asylpolitik. Auf Einladung des Berliner Kreises trafen sich am 8. April im dbb-Forum in der Friedrichstraße in Mitte über 80 Parteimitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet. Konsens bestand darin, dass die CDU wieder als Volkspartei erkennbar sein muss. Dr. Philipp Lengsfeld MdB hielt als einer der beiden Koordinatoren des Berliner Kreises in der CDU/CSU-Fraktion fest: Eine programmatische Schärfung hilft uns allen im Wahlkampf!

TANDEM-JOB-PROGRAMM GESTARTET

Das von Dr. Martin Pätzold MdB initiierte Tandem-Job-Programm in Kooperation mit dem Jobcenter Lichtenberg ist Anfang 2017 als bundesweites Pilotprogramm gestartet.



Jeweils ein Langzeitarbeitsloser und ein Geflüchteter teilen sich für ein Jahr lang als untrennbares Duo eine Stelle und erhalten den gleichen Lohn. 20 Personen bekommen somit eine neue Chance bei renommierten Lichtenberger Unternehmen. Pätzold erläutert: „Mit der Initiative habe ich einen Beitrag für eine soziale Offensive gesetzt. Die positive Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in meinem Wahlkreis gilt es fortzusetzen.“

17. JUNI UND EINHEITSDENKMAL

Nachdem sich die Regierungsfractionen im Bundestag darauf geeinigt haben, das Einheits- und Freiheitsdenkmal vor dem Neubau des Berliner Schlosses zu errichten, fordert Klaus-Dieter Gröhler zusammen mit



seinem Spandauer Kollegen Kai Wegner, den Grundstein am 17. Juni zu legen. Damit soll an den Volksaufstand in Ost-Berlin und der damaligen DDR erinnert werden. Gröhler: „Das lange Gezerre um den Bau des Einheits- und Freiheitsdenkmals ist dem Thema, nämlich Ehrung der unblutigen Revolution im Herbst 1989, unwürdig. Daher ist es notwendig, dass durch die Grundsteinlegung am symbolträchtigen 17. Juni ein klares Zeichen gesetzt wird!“. Aktuell befindet sich vor dem Schlossbau noch eine Brachfläche.

Impressum

CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16
REDAKTIONSLEITUNG Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR Dirk Reitze; REDAKTION Janine Pietsch, Gina Schmelter, Dirk Gerstle; SATZ/BILD Stefan Liefänder; DRUCKEREI Vettors;

Bildnachweis von oben links nach unten rechts: S.1: Reitze; S. 2: istock@Peshkova; S. 3: Laurence Chaperon, Reitze; S. 4: Reitze, S. 5: iStock@vspn24 Christof Rieken, Yves Sucksdorff, Laurence Chaperon, Michael Seiler, Anne Hoffmann, Kitty Kleist-Heinrich, Tobias Koch, Gero Breloer, Dirk Reitze, Rainer Raschewski, Marie Stagat, Jet-Foto Kranert GbR, privat, ©WISTA-MANAGEMENT-GMBH-www.adlershof.de; S. 6: Reitze, S. 7: CDU-Fraktion, Büro Stephan Schmidt; S. 8: Reitze; S. 10: Bundestagsbüro (BtBü) Grütters, BtBü Wegner, Christian Schulze, BtBü Dr. Steffel; S. 11: BtBü Schwarzer, BtBü Dr. Lengsfeld, BtBü Dr. Pätzold, BtBü Gröhler; S. 12: privat, Matthias Steuckardt; S. 13: privat; S. 14: privat; S. 15: Evers, istock@enderbirer, Bundesarchiv Bild; S. 16: Reitze, istock@hanohiki

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: Erscheint einmal im Quartal

Union vor Ort in Ihrem Bezirk und Ihrem Kiez

GEFRAGT, GETAN!

Eine stärkere Nähe zu den Bürgern vor Ort – dies ist das Ziel der CDU Kladow. Die Mitglieder des Ortsverbandes haben bereits jetzt die Möglichkeit, sich im kommunalpolitischen Arbeitskreis und damit in aktuell laufende Projekte einzubringen. In diesem Arbeitskreis wurde ein Fragebogen erarbeitet, der die Kladower



zur aktuellen Verkehrssituation in dem stetig wachsenden Bezirk befragt. Gleichzeitig können die Bürger auch Sorgen und Wünsche bezüglich der zukünftigen Verkehrsplanung in Kladow äußern. Die gewonnenen Einsichten nehmen dann beispielsweise die Bezirksverordneten mit in die BVV.

BÜRGERBÜRO DANNY FREYMARK FEIERT GEBURTSTAG

Im März 2017 feierte das Bürgerbüro Danny Freymark seinen 3. Geburtstag. Das Ladengeschäft steht den Hohenschönhausener Bürgern von Montag bis Freitag in der Warnitzer Straße 16 nahe dem S-Bahnhof Hohenschönhausen für Anliegen und Probleme zur Verfügung. Zur Veranstaltung kamen über 70 Gäste, um mit dem Abgeordneten persönlich bei Kaffee und Kuchen ins Gespräch zu

kommen. Als besonderen Gast durfte das Büro den Bundestagsabgeordneten Dr. Martin Pätzold begrüßen, der auch die



große Geburtstagstorte mit anschnitt, welche als Überraschung vom Wartenberger Hof Veranstaltungshaus überreicht wurde.

TRADITIONELLES SKAT-TURNIER DER CDU SCHÖNHAUSER ALLEE

Das Vereinshaus der Kleingartenanlage Bornholm II ist die neue Spielstätte des traditionellen Skat-Turniers der CDU Schönhauser Allee. Die Schirmherrschaft



für das erste Turnier an neuem Ort übernahm der Generalsekretär der CDU Berlin,

Stefan Evers MdA. Die achtzehn Teilnehmer erspielten zu Gunsten des „Café Treffpunkt“ der Heilsarmee 176 Euro. Dr. Christian Zippel gewann das Turnier gewohnt souverän mit 2577 Punkten vor Stephan Lenz (1810) und Jutta Barsch (1740). Das nächste Turnier findet am 8. Juli statt – interessierte Skatspieler sind herzlich willkommen!

„GEHEIMDIENSTE SCHÜTZEN UNSERE FREIHEIT“ - 180 BESUCHER BEI STREITGESPRÄCH IN SCHÖNEBERG

In einem Streitgespräch mit Renate Künast (Grüne) hat der Tempelhof-Schöneberger CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak die Arbeit der deutschen Nachrichtendienste verteidigt: „Wir leben in einer Welt, in der wir nicht nur Freunde um uns haben. Unsere offene Gesellschaft ist verletzlich, deshalb brauchen wir Erkenntnisse über Gefahren



und Gefährder“, so Luczak. Die Kontrolle müsse weiter verbessert werden, aber er warnte zugleich vor einem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber den Diensten: „Sie schützen unsere Freiheit“, sagte

Luczak vor rund 180 Zuhörern im Rathaus Schöneberg.

20 JAHRE STERBEBEGLEITUNG FÜR AIDS-KRANKE

Zwei Katholische Franziskanerschwestern gründeten vor 20 Jahren den Hospizdienst TAUWERK e.V. Seitdem begleiten sie mit Mitarbeitern und 34 Ehrenamtlichen Schwerstkranke und Sterbende im Sinne der Hospizidee. TAUWERK ist auch für Angehörige und Freunde der Kranken da. Die Festveranstaltung im Kardinal-Bensch-Zentrum in Charlott-



tenburg-Wilmersdorf war Danksagung und Anerkennung für diesen wichtigen Dienst an unseren Mitmenschen. Frau Prof. Dr. Ulrike Kostka, Caritasdirektorin, Carsten Engelmann, stellvertretender Bezirksbürgermeister und Judith Stückler, stellvertretende BVV-Vorsteherin schlossen sich den Danksagungen an TAUWERK an. „Hospizarbeit ist gelebte Solidarität“, so Kostka in ihrer Festansprache.

MITGLIEDERPRINZIP ERFOLGREICH EINGEFÜHRT

Es war Zeit für eine Neuerung. Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung haben ca. 400 Mitglieder mit einer fast einstimmigen Mehrheit das Mitgliederprinzip in Steglitz-Zehlendorf im Januar eingeführt. Und das neugewonnene Recht der Mitbestimmung konnten die Mitglieder auch gleich mehrfach ausüben und haben davon auch Gebrauch gemacht. In zwei spannenden Mitgliederversammlungen mit jeweils fast 700 Mitgliedern wurde der Bundestagskandidat nominiert. Die Wahl gewann



Thomas Heilmann. Auch der sprunghafte Anstieg von Neueintritten auf ca. 80 im ersten Quartal zeigt, das Mitgliederprinzip macht eine Parteimitgliedschaft und -mitarbeit attraktiver.

LENKSYSTEME MADE IN REINICKENDORF

Die Servolenkung erleichtert heute serienmäßig in fast jedem Auto das Fahren. Ein wichtiger Bestandteil, die Lenkungs-



pumpe, wird in Wittenau von der Robert Bosch GmbH produziert. Der Wittenauer Abgeordnete Tim-Christopher Zeelen war zu einem Gespräch und einer Führung mit Werksleiter Dr. Dieter Büchter vor Ort. „Der Name Bosch ist weltweit fest mit deutscher Qualität verbunden. Neben hochwertigen Produkten garantiert die Robert Bosch GmbH auch rund 600 wichtige Industrie-Arbeitsplätze in Reinickendorf“, sagte Zeelen anerkennend.

IM ZWEIFEL LINKS? DISKUSSIONSABEND MIT DIANA KINNERT

Der Boxhagener Kiez ist mit einem Durchschnittsalter von 34 Jahren einer der jüngsten in ganz Berlin. Gewählt wird

mehrheitlich grün-links. Grund genug für den OV Boxhagener Platz sich mit der Frage auseinander zu setzen, was konservativ eigentlich bedeutet und warum jung sein und CDU wählen in Friedrichs-



hain kein Widerspruch sein darf. Als Gast debattierte Diana Kinnert, die 26-jährige CDU-Nachwuchshoffnung und Mitglied der Reformkommission CDU 2017, mit den OV-Mitgliedern und Gästen über ihre Thesen zur Zukunft der CDU.

BEIM FRÜHJAHRSPUTZ KÖNNEN ALLE MIT ANPACKEN

Mit dem Einsammeln von Müll und Unrat am Uferwanderweg in Konradshöhe hat sich die CDU Heiligensee, Konrads-



höhe und Tegelort an der diesjährigen Frühjahrsputzaktion des Bezirks Reinickendorf beteiligt. Ortsvorsitzender und Wahlkreisabgeordneter Stephan Schmidt freute sich über die große Beteiligung beim Frühjahrsputz: „Auch in diesem Jahr haben wieder ganze Familien an der Putzaktion teilgenommen und dafür

Fortsetzung auf Seite 14



Fortsetzung von Seite 13

danke ich allen Beteiligten sehr herzlich.“ Er rief außerdem dazu auf, selbst aktiv zu werden. „Sauberkeit auf unseren Straßen und in den Grünanlagen ist etwas, wo alle mit anpacken können“, so Schmidt

HÄUSLICHE GEWALT: MÄNNER GLAUBEN, DAS RECHT ZU HABEN, MACHT UND KONTROLLE AUSZÜBEN

Vor dem Hintergrund des diesjährigen Weltfrauentags diskutierten der Abgeordnete Burkard Dregger, Martina Linke vom Opferschutzverein „Weißer Ring“, und die Vorsitzende der Frauen Union



Mitte, Sandra Cegla, über die Ursachen, Wirkungen und Folgen von häuslicher Gewalt. „Die Dimension häuslicher Gewalt ist alarmierend: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation ist ein Drittel aller Frauen weltweit einmal im Leben häuslicher Gewalt ausgesetzt“, sagt Burkard Dregger. Gewaltanwendende Männer glauben, das Recht zu haben, Macht und Kontrolle in der Familie auszuüben, so Linke. Häusliche Gewalt wird außerdem oft von Generation zu Generation weiter getragen. Um den Kreislauf von häuslicher Gewalt zu durchbrechen, sind aus Sicht der Diskutanten effektive Interventions- und Präventionsmaßnahmen in Berlin auszubauen und Beratungsstellen und Opferhilfeeinrichtungen weiter zu fördern. (Foto v.l.n.r.)

Klaus-Peter Zejewski, Wolfgang Wulf, Martina Linke, Sandra Cegla, Burkard Dregger)

BEI DER FEUERWEHR ZU BESUCH

Nachdem Klaus-Dieter Gröhler im Rahmen der Wahlkreisbetreuung in 2016 alle Polizeiabschnitte in Charlottenburg-Wilmersdorf besucht hat, besuchte der Abgeordnete Anfang dieses Jahres die



Feuerwachen im Bezirk und informierte sich aus erster Hand. Das Fazit: Neben dem Mangel an Nachwuchskräften beunruhigt vor allem die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber den Beamten sowie das fehlende Bewusstsein in Teilen der Bevölkerung darüber, wann die Notrufnummer gewählt und wann besser der ärztliche Bereitschaftsdienst gerufen werden sollte. Durch das Gesetz zum Schutz von Einsatzkräften, welches im März in den Bundestag eingebracht wurde, erhofft sich der Gesetzgeber eine deutliche Verbesserung der aktuellen Situation.

CDU PANKOW BEGRÜSST NEUE MITGLIEDER

Stadtbad Oderberger-Straße in Prenzlauer Berg am 5. April: Hierhin hatte die CDU



Pankow alle Neumitglieder seit 2016 eingeladen. Rund 50 Mitglieder folgten

der Einladung zum Empfang. Nach einer Führung durch das Bad und weitere Räumlichkeiten des Gebäudekomplexes, nutzten die Teilnehmer die Gelegenheit für persönliche Gespräche und zum Kennenlernen. Dr. Gottfried Ludewig MdB und Kreisvorsitzender der CDU Pankow ist von der großen Resonanz begeistert: „Ein großartiges Signal, dass wir wieder einmal so viele engagierte Neumitglieder bei uns begrüßen durften.“

RUDOLF SEITERS, KANZLERAMTSCHEF A.D. ZU GAST BEIM 53. TEGELER GESPRÄCH.

Der Ortsverband der CDU-Tegel lädt zum 53. Tegeler Gespräch mit Rudolf Seiters, Kanzleramtschef a.D. ein. Rudolf Seiters war von 1989 bis 1991 Bundesminister



für besondere Aufgaben und von 1991 bis 1993 Bundesminister des Innern. Seit 2003 leitet er als Präsident das Deutsche Rote Kreuz. Das 53. Tegeler Gespräch findet statt am 17. Mai 2017 um 18.30 Uhr in der Waldhütte am See, Schwarzer Weg 15.

Was demnächst wichtig wird:

7. Mai	Landtagswahl in Schleswig-Holstein
14. Mai	Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen
16. Mai	Bürgerkonvent zum Thema „Innere Sicherheit“ mit Bundesminister des Inneren Thomas de Maizière MdB
24. - 28. Mai	Deutscher Evangelischer Kirchentag in Berlin und Wittenberg
17. Juni	42. Landesparteitag der CDU Berlin



Europa ist so viel mehr als Geographie

Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge am 25. März 1957 durch Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg wurde der Grundstein für das Europa in seiner heutigen Form und die europäische Wertegemeinschaft gelegt (siehe kleines Bild rechts). Von einem „großen Schritt“ zur Einigung Europas sprach der da-

malige Bundeskanzler Konrad Adenauer, denn mit dem wirtschaftlichen Zusammenschluss und dem gemeinsamen europäischen Markt wurden die Voraussetzungen für Frieden, Wohlstand und Stabilität geschaffen.

Seitdem ist die Europäische Union einen weiten Weg gegangen – einen friedvollen Weg auf einem Kontinent, dessen Ge-

schichte über viele Jahrhunderte von Kriegen geprägt war. Die Europäische Union ist heute die Heimat von über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern in 28 Mitgliedstaaten.

Dennoch erschüttern heute, 60 Jahre nach Unterzeichnung der Römischen Verträge, Krisen das Projekt der europäischen

Einigung. Mit dem vermehrten Auftreten rechtspopulistischer und nationalistischer Parteien sowie dem Votum Großbritanniens zum Austritt aus der Europäischen Union wird der Zusammenhalt Europas immer wieder infrage gestellt.



„Die Einheit Europas war ein Traum von Wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für Viele. Sie ist die Notwendigkeit für uns alle.“ (Konrad Adenauer)

Mit der Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ ist eine Bewegung entstanden, die dieser Entwicklung entgegentritt. Seit dem vergangenen Jahr gehen in den Städten von zwölf verschiedenen Ländern regelmäßig mehrere tausend Menschen auf die Straße, um getreu nach dem europäischen Motto „In Vielfalt vereint“ für ein friedliches, geeintes Europa zu demonstrieren.



„Berlin braucht eine bürgerliche Großstadtspartei. Berlin braucht die CDU. Wir stehen für Freiheit statt Ideologie, für Vertrauen statt Bevormundung.“

Monika Grütters



CDU veranstaltet Bürgerkonvent mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière

Die Ergebnisse der Mitgliederumfrage der CDU Berlin waren eindeutig. Das mit Abstand wichtigste politische Thema ist die

Wunsch nach mehr Beteiligung und Mitsprache. Beides wird die CDU nun mit einer neuen Veranstaltungsform verbinden - dem

Tafeln notiert. Ähnlich einem „World-Café“, wie die CDU es be-



„Bürgerkonvent“. Wie der Name bereits verrät, sind dazu nicht nur die Mitglieder, sondern alle interessierten Berlinerinnen und Berliner eingeladen. (siehe Einladung unten)



reits im letzten Jahr veranstaltet hatte (siehe Fotos). Danach werden diese Ergebnisse in den Gruppen gewichtet und im Anschluss mit dem höchsten „Sicherheits-Chef“ Deutschlands, dem Bundesinnenminister Thomas de Maizière, in einer moderierten Diskussion besprochen.

Eine Umfrage der CDU Berlin im Rahmen einer Postkarten-Aktion im Februar 2017 ergab, dass sich rund 96 Prozent der Befragten einen verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen kriminalitätsbelasteten Plätzen in Berlin wünschen. Gefragt nach möglichen Orten der Videoüberwachung wurde am häufigsten der Alexanderplatz genannt, gefolgt von allen U- und S-Bahnhöfen in der Stadt sowie dem Breitscheidplatz und Kottbusser Tor.

Stärkung der Inneren Sicherheit; 84 Prozent nannten es. Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist der

Die neue Idee in groben Zügen: Zuerst wird in Gruppen beraten. Das alles wird auf großen



EINLADUNG

zum Bürgerkonvent

Lebenswertes Berlin. Aber sicher. mit **Bundesinnenminister Thomas de Maizière MdB** am Dienstag, den **16. Mai 2017**, 17.00 Uhr

Was sind Ihre Ideen, Fragen oder Sorgen?

Was braucht es für eine sicheres und lebenswertes Berlin?

Melden Sie sich bitte an unter: E-Mail: anmeldung@cdu.berlin oder Tel.: 030 / 32 69 04 0